**Europäisches Parlament**
2019-2024

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

**2022/0402(CNS)**

10.10.2023

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Rechtsausschuss

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung von Entscheidungen und die Annahme öffentlicher Urkunden in Elternschaftssachen sowie zur Einführung eines europäischen Elternschaftszertifikats
(COM(2022)0695 – C9-0002/2023 – 2022/0402(CNS))

Verfasserin der Stellungnahme: Malin Björk

PA_Legam

## KURZE BEGRÜNDUNG

Aktuell gibt es keinen EU-Mechanismus für die gegenseitige Anerkennung der rechtlichen Elternschaft in grenzübergreifenden Situationen in der EU, und für manche Eltern und Kinder bedeutet das, dass sich ihre rechtliche Bindung auflösen könnte, wenn sie in ein anderes Land in der EU ziehen. Regenbogenfamilien sind hier unverhältnismäßig stark betroffen.

*Rechtliche und emotionale Auswirkungen*

Die Nichtanerkennung einer festgestellten Elternschaft kann dazu führen, dass ein Elternteil die elterlichen Rechte verliert, in Fragen wie Gesundheit und Bildung als gesetzlicher Vertreter seines Kindes zu handeln. Sie kann auch Probleme im Zusammenhang mit Unterhalt und Erbschaft nach sich ziehen und letztendlich zur Folge haben, dass Kindern keine Staatsbürgerschaft zuerkannt wird.

Auch die emotionalen Auswirkungen des Verlusts familiärer Bindungen sollten nicht bagatellisiert werden. Damit wird Kindern die Botschaft vermittelt, dass sie, rechtlich gesehen, ihre Eltern verlieren könnten, wenn sie in einen anderen Mitgliedstaat einreisen. Dies ist nicht akzeptabel.

*Grundrechte, Freizügigkeit und sonstige Rechte*

Der Umstand, dass es keine Maßnahmen der EU gibt, durch die die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert wird, führt zu Situationen, in denen die Grundrechte und weitere Rechte von Kindern und Familien in grenzüberschreitenden Situationen verletzt werden.

Die Aberkennung des Rechtsstatus von Kindern und der in einem anderen Mitgliedstaat festgestellten Elternschaft verstößt gegen das Recht des Kindes auf Identität, den Grundsatz der Nichtdiskriminierung und die Achtung des Privat- und Familienlebens sowie gegen das Kindeswohl.

Durch die Nichtanerkennung wird das Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt. Die Angst vor dem Verlust der festgestellten Elternschaft hält Familien davon ab, innerhalb der EU zu reisen oder sich in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen.

*Anerkennung von LGBTIQ-Eltern*

Die Auswirkungen der Weigerung, die Elternschaft in grenzübergreifenden Situationen anzuerkennen, sind für Regenbogenfamilien besonders gravierend. Etwa 100 000 Eltern und ihre Kinder sind derzeit mit Problemen konfrontiert – die große Mehrheit davon sind Kinder in Regenbogenfamilien. Wahrscheinlich ist die Zahl der betroffenen Kinder sogar noch viel höher, da Familien, die Gefahr laufen, nicht anerkannt zu werden, unter Umständen keinen Gebrauch von ihrem Recht auf Freizügigkeit machen, weil sie befürchten, ihre rechtlichen familiären Verbindungen zu verlieren.

Diese Situation ist nicht hinnehmbar. Alle Kinder und Eltern sollten ohne Diskriminierung die gleichen Rechte genießen. Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern wäre die grenzüberschreitende Anerkennung der Elternschaft von größter Relevanz, weil die Eltern-

Kind-Beziehung in der EU ausnahmslos sichergestellt werden müsste.

*Anerkennung familiärer Bindungen, einschließlich Partnerschaft und Ehe – im Interesse des Kindeswohls*

So, wie ein Elternteil ein Elternteil ist, unabhängig davon, was der Rechtsrahmen der Mitgliedstaaten besagt, ist eine Familie eine Familie, selbst in Ländern, in denen gleichgeschlechtliche Paare noch keinen Rechtsstatus haben.

Um das Recht von Kindern auf eine Familie und das Kindeswohl in vollem Umfang zu wahren, müssen somit nicht nur die rechtliche Bindung zwischen Kind und Eltern, sondern auch die Partnerschaft und Ehe der Eltern respektiert und anerkannt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die vorgeschlagene Verordnung über die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten erweitert werden und auch die Anerkennung von Partnerschaft und Ehe regeln.

*Respekt für und Anerkennung von verschiedenen Familienformen*

Es gibt weitere Familien, die nicht der traditionellen Norm der Kernfamilie entsprechen und für die es schwieriger ist, anerkannt zu werden. Insbesondere trifft dies auf Familien mit mehr als zwei Elternteilen zu. Derzeit zeigen sich zwar nur einige Mitgliedstaaten offen für die rechtliche Möglichkeit einer Mehrelternschaft, doch wird sich dies in Zukunft zweifellos ändern. Es ist daher wichtig, dass die Verordnung von Beginn an flexibel ist und auch nicht-traditionellen Familienkonstellationen Raum gibt, u. a. damit sichergestellt ist, dass das europäische Elternschaftszertifikat auch die Möglichkeit umfasst, dass es mehr als zwei Elternteile gibt.

*Drittländer und die Problematik der kommerziellen Leihmutterschaft*

Der Vorschlag für eine Verordnung sieht nicht vor, dass die Grundrechte von Frauen, Eltern und Kindern geachtet werden, wenn die Elternschaft in einem Drittland festgestellt wird, und enthält auch keine diesbezüglichen Garantien. Als notwendige Vorsichtsmaßnahme, um die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten, ist es daher nur kohärent, dass auch in Zukunft mit dieser Verordnung die in einem Drittland festgestellte Elternschaft nicht anerkannt wird.

Was die spezifische Frage der Leihmutterschaft betrifft, ist klar, dass durch die Leihmutter-Industrie, die sich in einigen Drittländern herausgebildet hat, Frauen kommerzialisiert und zu Waren degradiert werden. Die kommerzielle Leihmutterschaft floriert in einem System, in dem wirtschaftlich privilegierte Menschen unterprivilegierte Frauen aus anderen Teilen der Welt benutzen. Dies stellt eine Form der Ausbeutung der Rechte der Frauen und ihrer Fortpflanzungsorgane dar. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig, dass die Verordnung auf die Anerkennung der Elternschaft innerhalb der EU beschränkt ist und eine Elternschaft aus einem Drittland nicht anerkannt wird.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sind die Mitgliedstaaten der EU unter bestimmten Umständen bereits verpflichtet, die Beziehung zwischen im Wege der Leihmutterschaft geborenen Kindern und ihren Wunscheltern anzuerkennen. Parallel zur Vereinfachung der Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten muss sichergestellt werden, dass keine Anreize für das Geschäft mit der Leihmutterschaft geschaffen werden. Allerdings wird mit dieser Verordnung nicht die

Leihmutterschaft geregelt; diese fällt in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten.

## ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Rechtsausschuss, Folgendes zu berücksichtigen:

**Änderungsantrag 1**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 5 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5a) Gemäß Artikel 81 Absatz 3 Unterabsatz 2 AEUV kann der Rat auf Vorschlag der Kommission einen Beschluss erlassen, wonach Aspekte des Familienrechts mit grenzüberschreitendem Bezug gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassen werden können. In diesem Zusammenhang betonte das Europäische Parlament, wie wichtig es ist, in Bereichen, die den Schutz von Grundrechten in der Union betreffen, zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, auch durch die Umsetzung der sektorspezifischen Passerelle-Klausel im Zusammenhang mit dem Familienrecht mit grenzüberschreitendem Bezug (Artikel 81 Absatz 3 Unterabsatz 2 AEUV)[1a];*** |
| | ***[1a] Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 2023 zur Umsetzung der Passerelle-Klauseln in den EU-Verträgen (2022/2142(INI)).*** |

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 8**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (8) Die Union ist zwar dafür zuständig, Maßnahmen im Bereich des Familienrechts mit grenzüberschreitenden Bezügen, wie Vorschriften über die internationale Zuständigkeit, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten, zu erlassen, doch hat die Union in diesen Bereichen bislang noch keine Rechtsvorschriften über die Elternschaft erlassen. Die derzeit in diesen Bereichen geltenden Bestimmungen der Mitgliedstaaten unterscheiden sich. | (8) Die Union ist zwar dafür zuständig, Maßnahmen im Bereich des Familienrechts mit grenzüberschreitenden Bezügen, wie Vorschriften über die internationale Zuständigkeit, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten, zu erlassen, doch hat die Union in diesen Bereichen bislang noch keine Rechtsvorschriften über die Elternschaft erlassen. Die derzeit in diesen Bereichen geltenden Bestimmungen der Mitgliedstaaten unterscheiden sich. ***Um die Sicherheit von Kindern zu erhöhen und das Leben von Familien in der EU zu erleichtern, ist es von großer Bedeutung, dass die Union Verordnungen annimmt, mit denen die Elternschaft als Voraussetzung für die Gleichstellung über nationale Grenzen hinweg rechtlich anerkannt wird.*** |

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 14**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (14) Nach Artikel 21 AEUV und ***des*** damit zusammenhängenden ***Sekundärrechts*** in der Auslegung durch den Gerichtshof können die Achtung der nationalen Identität eines Mitgliedstaats nach Artikel 4 Absatz 2 EUV und die öffentliche Ordnung eines Mitgliedstaats nicht als Rechtfertigung dafür dienen, die Anerkennung eines Eltern-Kind-Verhältnisses ***zwischen Kindern und ihren*** gleichgeschlechtlichen Eltern für die Zwecke der Ausübung der Rechte, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt, zu versagen. Darüber hinaus kann der Nachweis der Elternschaft für die Zwecke der Ausübung dieser Rechte auf jede Art und Weise erbracht werden[52]. Daher ist ein Mitgliedstaat nicht befugt, von einer | (14) Nach Artikel 21 AEUV und ***dem*** damit zusammenhängenden ***Sekundärrecht*** in der Auslegung durch den Gerichtshof können die Achtung der nationalen Identität eines Mitgliedstaats nach Artikel 4 Absatz 2 EUV und die öffentliche Ordnung eines Mitgliedstaats nicht als Rechtfertigung dafür dienen, die Anerkennung eines Eltern-Kind-Verhältnisses ***im Fall von*** gleichgeschlechtlichen Eltern***, einem Transgender-Elternteil, einem alleinerziehenden Elternteil oder Mehreltern*** für die Zwecke der Ausübung der Rechte, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt, zu versagen***. Der Schutz der Interessen des Kindes sollte Vorrang vor Erwägungen der nationalen*** |

Person zu verlangen, entweder die in dieser Verordnung vorgesehenen Bescheinigungen, die einer gerichtlichen Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde über die Elternschaft beigefügt sind, oder das durch diese Verordnung eingeführte europäische Elternschaftszertifikat vorzulegen, wenn sich die Person im Zusammenhang mit der Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit auf die Rechte beruft, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt. Dies sollte eine Person jedoch nicht daran hindern, in solchen Fällen auch die einschlägige Bescheinigung oder das in dieser Verordnung vorgesehene europäische Elternschaftszertifikat vorzulegen. Um sicherzustellen, dass Unionsbürger und ihre Familienangehörigen darüber informiert werden, dass diese Verordnung keinerlei Auswirkung auf die Rechte hat, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt, sollten die dieser Verordnung beigefügten Formblätter der Bescheinigungen und des europäischen Elternschaftszertifikats eine Erklärung enthalten, aus der hervorgeht, dass die betreffende Bescheinigung oder das europäische Elternschaftszertifikat keine Auswirkung auf die Rechte hat, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt – insbesondere die Rechte, die einem Kind nach dem Unionsrecht über die Freizügigkeit zustehen – und dass für die Ausübung dieser Rechte der Nachweis des Eltern-Kind-Verhältnisses auf jede Art und Weise erbracht werden kann.

***Identität und der öffentlichen Ordnung haben, damit das Kind in einer stabilen und anerkannten Familie leben kann, die frei von jeglicher Stigmatisierung ist, auch aus rechtlicher Sicht***. Darüber hinaus kann der Nachweis der Elternschaft für die Zwecke der Ausübung dieser Rechte auf jede Art und Weise erbracht werden[52]. Daher ist ein Mitgliedstaat nicht befugt, von einer Person zu verlangen, entweder die in dieser Verordnung vorgesehenen Bescheinigungen, die einer gerichtlichen Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde über die Elternschaft beigefügt sind, oder das durch diese Verordnung eingeführte europäische Elternschaftszertifikat vorzulegen, wenn sich die Person im Zusammenhang mit der Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit auf die Rechte beruft, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt. Dies sollte eine Person jedoch nicht daran hindern, in solchen Fällen auch die einschlägige Bescheinigung oder das in dieser Verordnung vorgesehene europäische Elternschaftszertifikat vorzulegen. Um sicherzustellen, dass Unionsbürger und ihre Familienangehörigen darüber informiert werden, dass diese Verordnung keinerlei Auswirkung auf die Rechte hat, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt, sollten die dieser Verordnung beigefügten Formblätter der Bescheinigungen und des europäischen Elternschaftszertifikats eine Erklärung enthalten, aus der hervorgeht, dass die betreffende Bescheinigung oder das europäische Elternschaftszertifikat keine Auswirkung auf die Rechte hat, die ein Kind aus dem Unionsrecht erlangt – insbesondere die Rechte, die einem Kind nach dem Unionsrecht über die Freizügigkeit zustehen – und dass für die Ausübung dieser Rechte der Nachweis des Eltern-Kind-Verhältnisses auf jede Art und Weise erbracht werden kann.

---

[52] Urteil des Gerichtshofs vom 25. Juli 2002, MRAX/Belgischer Staat, C-459/99,

---

[52] Urteil des Gerichtshofs vom 25. Juli 2002, MRAX/Belgischer Staat, C-459/99,

ECLI:EU:C:2002:461, Rn. 61 und 62 und das Urteil des Gerichtshofs vom 17. Februar 2005, Oulane/Minister voor Vreemdelingenzaken en Integratie, C-215/03, ECLI:EU:C:2005:95, Rn. 23 bis 26.

ECLI:EU:C:2002:461, Rn. 61 und 62 und das Urteil des Gerichtshofs vom 17. Februar 2005, Oulane/Minister voor Vreemdelingenzaken en Integratie, C-215/03, ECLI:EU:C:2005:95, Rn. 23 bis 26.

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 17 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(17a) Das Wohl des Kindes sollte stets Vorrang haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ausdrücklich festgestellt, dass das Wohl des Kindes den Ermessensspielraum der Vertragsstaaten bei der Anerkennung der Kind-Eltern-Beziehung einschränkt[1a] und auch die rechtliche Bestimmung der Personen, die für die Erziehung des Kindes, die Erfüllung seiner Bedürfnisse und die Sicherstellung seines Wohlergehens verantwortlich sind, sowie die Möglichkeit für das Kind, in einem stabilen Umfeld zu leben und sich zu entwickeln, umfasst[2a]. Gemäß der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention haben Kinder das Recht auf ein Privat- und Familienleben. Um das Recht eines Kindes auf ein Privat- und Familienleben sowie das Kindeswohl in vollem Umfang zu wahren, müssen nicht nur die rechtliche Bindung zwischen Kind und Eltern, sondern auch die Partnerschaft und Ehe der Eltern geachtet und anerkannt werden, um das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens sicherzustellen. Daher sollte das europäische Elternschaftszertifikat auf Antrag der rechtlich anerkannten Eltern das Verhältnis zwischen ihnen, einschließlich eingetragener Partnerschaft und Ehe, enthalten.*** |

***[1a] Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Urteil vom 22.11.2022 [Abschnitt III], D. B. und andere gegen die Schweiz – 58252/15 und 58817/15.***

***[2a] Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 10.4.2019 [GC], Gutachten auf Ersuchen des französischen Kassationsgerichtshofs.***

**Änderungsantrag 5**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 21**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (21) Im Einklang mit den Bestimmungen internationaler Übereinkommen und des Unionsrechts sollte diese Verordnung sicherstellen, dass Kinder ihre Rechte genießen und ihren Rechtsstatus in grenzüberschreitenden Situationen ohne Diskriminierung behalten. Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs, einschließlich des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten, und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sollte diese Verordnung die Anerkennung der in einem Mitgliedstaat begründeten Elternschaft in einem anderen Mitgliedstaat abdecken, unabhängig davon, wie das Kind empfangen oder geboren wurde, und unabhängig von der Art der Familie des Kindes, einschließlich einer innerstaatlichen Adoption. Vorbehaltlich der Anwendung der in dieser Verordnung festgelegten Vorschriften über das anzuwendende Recht sollte die Verordnung daher die Anerkennung der in einem Mitgliedstaat begründeten Elternschaft eines Kindes mit gleichgeschlechtlichen Eltern in einem anderen Mitgliedstaat erfassen. Diese Verordnung sollte sich auch auf die | (21) Im Einklang mit den Bestimmungen internationaler Übereinkommen und des Unionsrechts sollte diese Verordnung sicherstellen, dass Kinder ihre Rechte genießen und ihren Rechtsstatus in grenzüberschreitenden Situationen ohne Diskriminierung **– *unter anderem aufgrund der Zusammensetzung ihrer Familie* –** behalten. Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs, einschließlich des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten, und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sollte diese Verordnung die Anerkennung der in einem Mitgliedstaat begründeten Elternschaft in einem anderen Mitgliedstaat abdecken, unabhängig davon, wie das Kind empfangen oder geboren wurde, und unabhängig von der Art der Familie des Kindes, einschließlich einer innerstaatlichen ***oder internationalen*** Adoption. Vorbehaltlich der Anwendung der in dieser Verordnung festgelegten Vorschriften über das anzuwendende Recht sollte die Verordnung daher die Anerkennung der in einem Mitgliedstaat begründeten Elternschaft eines Kindes mit gleichgeschlechtlichen Eltern***, eines*** |

Anerkennung der Elternschaft eines innerstaatlich in einem anderen Mitgliedstaat adoptierten Kindes in einem Mitgliedstaat nach den Vorschriften für die innerstaatliche Adoption in diesem Mitgliedstaat erstrecken.

***Kindes mit einem Transgender-Elternteil, eines Kindes mit einem alleinerziehenden Elternteil und eines Kindes mit Mehreltern*** in einem anderen Mitgliedstaat erfassen. Diese Verordnung sollte sich auch auf die Anerkennung der Elternschaft eines innerstaatlich in einem anderen Mitgliedstaat adoptierten Kindes in einem Mitgliedstaat nach den Vorschriften für die innerstaatliche Adoption in diesem Mitgliedstaat erstrecken.

**Änderungsantrag 6**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 24**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (24) Für die Zwecke dieser Verordnung kann die Elternschaft, auch als Abstammung bezeichnet, biologisch oder genetisch sein oder durch Adoption oder kraft Gesetzes begründet werden. Auch für die Zwecke dieser Verordnung sollte Elternschaft das gesetzlich festgelegte ***Eltern-Kind-Verhältnis*** sein und den rechtlichen Status des Kindes eines bestimmten Elternteils oder bestimmter Eltern abdecken. Diese Verordnung sollte die in einem Mitgliedstaat begründete Elternschaft sowohl von Minderjährigen als auch von Erwachsenen, einschließlich eines verstorbenen Kindes und eines noch nicht geborenen Kindes abdecken, unabhängig davon, ob es sich bei den Eltern um einen alleinerziehenden Elternteil, ein faktisches Paar, ein verheiratetes Paar oder ein Paar in einer Beziehung handelt, die nach dem auf diese Beziehung anzuwendenden Recht vergleichbare Wirkungen hat, wie z. B. eine eingetragene Partnerschaft. Die Verordnung sollte unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Kindes, dessen Elternschaft begründet werden soll, und unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern des Kindes gelten. Der Begriff | (24) Für die Zwecke dieser Verordnung kann die Elternschaft, auch als Abstammung bezeichnet, biologisch oder genetisch sein oder durch Adoption oder kraft Gesetzes begründet werden. Auch für die Zwecke dieser Verordnung sollte Elternschaft das gesetzlich festgelegte ***Kind-Eltern-Verhältnis*** sein und den rechtlichen Status des Kindes eines bestimmten Elternteils oder bestimmter Eltern abdecken. Diese Verordnung sollte die in einem Mitgliedstaat begründete Elternschaft sowohl von Minderjährigen als auch von Erwachsenen, einschließlich eines verstorbenen Kindes und eines noch nicht geborenen Kindes abdecken, unabhängig davon, ob es sich bei den Eltern um einen alleinerziehenden Elternteil***, Mehreltern***, ein faktisches Paar, ein verheiratetes Paar oder ein Paar in einer Beziehung handelt, die nach dem auf diese Beziehung anzuwendenden Recht vergleichbare Wirkungen hat, wie z. B. eine eingetragene Partnerschaft. Die Verordnung sollte unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Kindes, dessen Elternschaft begründet werden soll, und unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern des Kindes gelten. ***Die*** |

„Elternteil“ in dieser Verordnung sollte, soweit anwendbar, so verstanden werden, dass er sich auf den gesetzlichen Elternteil, den Wunschelternteil, die Person, die beansprucht, ein Elternteil zu sein, oder die Person bezieht, für die das Kind die Elternschaft beansprucht.

***Verordnung sollte unabhängig davon gelten, wie und in welche Art von Familie das Kind geboren wurde.*** Der Begriff „Elternteil“ in dieser Verordnung sollte, soweit anwendbar, so verstanden werden, dass er sich auf den gesetzlichen Elternteil, den Wunschelternteil, die Person, die beansprucht, ein Elternteil zu sein, oder die Person bezieht, für die das Kind die Elternschaft beansprucht.

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 24 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(24a) Diese Verordnung bereitet den Weg dafür, dass alle Familienformen, ungeachtet ihrer Zusammensetzung, rechtlich anerkannt werden. Wenn Familien, die nicht dem traditionellen Familienmodell entsprechen, nicht anerkannt werden, dient dies nicht dem Wohl des Kindes, sondern diskriminiert Kinder aufgrund der Geburt, verletzt die Würde des Kindes, schadet der harmonischen Entwicklung des Kindes und verhindert, dass Kinder ihre Grundrechte tatsächlich wahrnehmen können. Die Kommission sollte daher einen Vorschlag vorlegen, mit dem die gegenseitige Anerkennung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften sichergestellt wird.*** |

**Änderungsantrag 8**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 30**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (30) Diese Verordnung sollte ***nicht*** für Vorfragen wie das Bestehen, die Gültigkeit oder die Anerkennung einer Ehe oder eines Verhältnisses gelten, ***die*** nach dem auf ***sie*** | (30) Diese Verordnung sollte für Vorfragen wie das Bestehen, die Gültigkeit oder die Anerkennung einer Ehe oder eines Verhältnisses gelten, ***das*** nach dem auf ***es*** |

| | |
|---|---|
| anzuwendenden Recht vergleichbare Wirkungen ***haben und die weiterhin dem einzelstaatlichen Recht der Mitgliedstaaten**, **einschließlich ihrer Rechtsvorschriften zum internationalen Privatrecht, und gegebenenfalls der Rechtsprechung des Gerichtshofs zur Freizügigkeit unterliegen sollten***. | anzuwendenden Recht vergleichbare Wirkungen ***hat**, **wie etwa eine eingetragene Partnerschaft***. |

**Änderungsantrag 9**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 45 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(45a) Ist die Feststellung der Elternschaft von der Klärung einer Vorfrage abhängig, die beispielsweise das Bestehen einer eingetragenen Partnerschaft oder Ehe betrifft, sollten die Gerichte und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die in der Charta verankerten Grundrechte und Grundsätze achten, insbesondere das Recht auf Nichtdiskriminierung und das Recht auf ein Privat- und Familienleben sowie die Rechtsprechung des Gerichtshofs zur Freizügigkeit, insbesondere sein Urteil in der Rechtssache Coman (C-673/16), das durch die Entschließung 2021/2679(RSP) des Europäischen Parlaments gestützt wird, wonach alle Mitgliedstaaten die in einem anderen Mitgliedstaat geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen oder eingetragenen Partnerschaften anerkennen sollten, um die Freizügigkeit und das Aufenthaltsrecht der Bürgerinnen und Bürger der EU zu wahren.*** |

**Änderungsantrag 10**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 49**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (49) In ***Verfahren zur Begründung der Elternschaft*** nach dieser Verordnung sollte ***Kindern unter 18 Jahren***, ***die*** Gegenstand eines solchen Verfahrens und in der Lage ***sind***, sich eine eigene Meinung zu bilden, ***im Einklang mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs*** grundsätzlich eine echte und wirksame Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben werden und diese Meinung sollte bei der Bewertung des Kindeswohls gebührend berücksichtigt werden. Nach der Verordnung sollte es allerdings weiterhin Sache der Mitgliedstaaten sein, in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Verfahren festzulegen, wer das Kind anhört und wie das Kind angehört wird. Außerdem hat das Kind zwar nach wie vor das Recht, angehört zu werden, doch stellt seine Anhörung keine absolute Verpflichtung dar, sondern muss unter Berücksichtigung des Kindeswohls beurteilt werden. | (49) ***Gemäß Artikel 12 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes und Artikel 24 Absatz 1 der Charta haben alle Kinder das Recht, in allen sie betreffenden Angelegenheiten ihre Meinung zu äußern, und Anspruch darauf, dass ihre Meinung, physische Anzeichen, Äußerungen oder Verhaltensweisen berücksichtigt und einbezogen werden. In Verfahren*** nach dieser Verordnung sollte ***gegebenenfalls einem Kind***, ***das*** Gegenstand eines solchen Verfahrens und in der Lage ***ist***, sich eine eigene Meinung zu bilden, grundsätzlich eine echte und wirksame Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben werden***,*** und diese Meinung sollte bei der Bewertung des Kindeswohls gebührend berücksichtigt werden. Nach der Verordnung sollte es allerdings weiterhin Sache der Mitgliedstaaten sein, in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Verfahren festzulegen, wer das Kind anhört und wie das Kind angehört wird. Außerdem hat das Kind zwar nach wie vor das Recht, angehört zu werden, doch stellt seine Anhörung keine absolute Verpflichtung dar, sondern muss unter Berücksichtigung des Kindeswohls beurteilt werden. |

**Änderungsantrag 11**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 56**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (56) ***Aus Gründen des öffentlichen Interesses sollte den Gerichten und anderen mit der Begründung der Elternschaft befassten zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten in Ausnahmefällen die Möglichkeit gegeben werden, Bestimmungen eines*** | (56) Die Gerichte oder anderen zuständigen Behörden sollten Ausnahmen aufgrund der Unvereinbarkeit mit der öffentlichen Ordnung nicht anwenden können, um das Recht eines anderen Staates unangewendet zu lassen, wenn dies gegen die Charta und insbesondere gegen |

***ausländischen Rechts nicht zu berücksichtigen, wenn deren Anwendung in dem bestimmten Fall mit der öffentlichen Ordnung (ordre public) des betreffenden Mitgliedstaats offensichtlich unvereinbar wäre.*** Die Gerichte oder anderen zuständigen Behörden sollten Ausnahmen aufgrund der Unvereinbarkeit mit der öffentlichen Ordnung ***aber*** nicht anwenden können, um das Recht eines anderen Staates unangewendet zu lassen, wenn dies gegen die Charta und insbesondere gegen das Diskriminierungsverbot in Artikel 21 verstoßen würde.

das Diskriminierungsverbot in Artikel 21 verstoßen würde.

**Änderungsantrag 12**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 66**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (66) ***Obwohl die in dieser Verordnung vorgesehene Verpflichtung, Kindern unter 18 Jahren Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben, nicht für öffentliche Urkunden mit verbindlicher Rechtswirkung gelten sollte, sollte*** das Recht ***des*** Kindes auf Meinungsäußerung nach Artikel 24 der Charta und nach Artikel 12 des in nationale Rechtsvorschriften und Verfahren umgesetzten Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes ***weiter*** Anwendung finden. Die Tatsache, dass ***Kindern*** nicht die Möglichkeit gegeben ***wurde***, ***ihre*** Meinung zu äußern, sollte nicht automatisch ein Grund für die Versagung der Anerkennung von öffentlichen Urkunden mit verbindlicher Rechtswirkung sein. | (66) Das Recht ***eines*** Kindes auf Meinungsäußerung ***sollte*** nach Artikel 24 der Charta und nach Artikel 12 des in nationale Rechtsvorschriften und Verfahren umgesetzten Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes ***auch in Bezug auf öffentliche Urkunden mit verbindlicher Rechtswirkung*** Anwendung finden. Die Tatsache, dass ***einem Kind unter 18 Jahren*** nicht die Möglichkeit gegeben ***wird***, ***seine*** Meinung zu äußern, sollte ***jedoch*** nicht automatisch ein Grund für die Versagung der Anerkennung von öffentlichen Urkunden mit verbindlicher Rechtswirkung sein. |

**Änderungsantrag 13**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 67**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(67) Die Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen gerichtlichen Entscheidung zur Begründung der Elternschaft oder einer in einem anderen Mitgliedstaat errichteten oder eingetragenen öffentlichen Urkunde mit verbindlicher Rechtswirkung zur Begründung der Elternschaft nach dieser Verordnung in einem Mitgliedstaat sollte nicht die Anerkennung einer etwaigen Ehe oder eingetragenen Partnerschaft der Eltern des Kindes, dessen Elternschaft begründet wurde oder begründet werden soll, beinhalten.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 14**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 75**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (75) ***Erwägungen des öffentlichen Interesses sollten es den Gerichten der Mitgliedstaaten oder anderen zuständigen Behörden ermöglichen, unter außergewöhnlichen Umständen die Anerkennung oder gegebenenfalls Annahme einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen gerichtlichen Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde über die in einem anderen Mitgliedstaat begründete Elternschaft zu versagen, wenn eine solche Anerkennung oder Annahme in einem bestimmten Fall mit der öffentlichen Ordnung (ordre public) des betreffenden Mitgliedstaats offensichtlich unvereinbar wäre.*** Die Gerichte oder anderen zuständigen Behörden sollten die Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen gerichtlichen Entscheidung oder einer in einem anderen Mitgliedstaat errichteten öffentlichen Urkunde ***jedoch*** nicht verweigern können, wenn dies gegen die | (75) Die Gerichte oder anderen zuständigen Behörden sollten die Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen gerichtlichen Entscheidung oder einer in einem anderen Mitgliedstaat errichteten öffentlichen Urkunde nicht verweigern können, wenn dies gegen die Charta, insbesondere gegen das Diskriminierungsverbot in Artikel 21, verstoßen würde. |

Charta, insbesondere gegen das Diskriminierungsverbot in Artikel 21, verstoßen würde.

**Änderungsantrag 15**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 76**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (76) Damit die Anerkennung der in einem Mitgliedstaat begründeten Elternschaft rasch, reibungslos und effizient erfolgen kann, sollten Kinder oder ihre Eltern in der Lage sein, den Status des Kindes in einem anderen Mitgliedstaat leicht nachzuweisen. Zu diesem Zweck sollte diese Verordnung die Einführung eines einheitlichen Zertifikats, des europäischen Elternschaftszertifikats, vorsehen, das zur Verwendung in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellt wird. Um das Subsidiaritätsprinzip zu wahren, sollte das europäische Elternschaftszertifikat nicht die innerstaatlichen Schriftstücke ersetzen, die gegebenenfalls in den Mitgliedstaaten für ähnliche Zwecke verwendet werden. | (76) Damit die Anerkennung der in einem Mitgliedstaat begründeten Elternschaft rasch, reibungslos und effizient erfolgen kann, sollten Kinder oder ihre Eltern in der Lage sein, den Status des Kindes in einem anderen Mitgliedstaat leicht nachzuweisen. ***Dies ist ein wichtiger Schritt, um Bürokratie abzubauen und den Zugang zur Freizügigkeit in der Europäischen Union zu verbessern und so die Gleichstellung zu fördern.*** Zu diesem Zweck sollte diese Verordnung die Einführung eines einheitlichen Zertifikats, des europäischen Elternschaftszertifikats, vorsehen, das zur Verwendung in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellt wird. Um das Subsidiaritätsprinzip zu wahren, sollte das europäische Elternschaftszertifikat nicht die innerstaatlichen Schriftstücke ersetzen, die gegebenenfalls in den Mitgliedstaaten für ähnliche Zwecke verwendet werden. |

**Änderungsantrag 16**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 81**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (81) Das Gericht oder die sonstigen zuständigen Behörden sollten das europäische Elternschaftszertifikat auf Antrag ausstellen. Das Original des europäischen Elternschaftszertifikats sollte bei der ausstellenden Behörde verbleiben, die dem Antragsteller oder einem | (81) Das Gericht oder die sonstigen zuständigen Behörden sollten das europäische Elternschaftszertifikat auf Antrag ***des Antragstellers oder gegebenenfalls eines gesetzlichen Vertreters des Antragstellers*** ausstellen. Das Original des europäischen |

gesetzlichen Vertreter eine oder mehrere beglaubigte Abschriften des europäischen Elternschaftszertifikats ausstellt. Angesichts der in den überwiegenden Fällen geltenden Unumkehrbarkeit des Elternschaftsstatus ist die Gültigkeitsdauer der Abschriften des europäischen Elternschaftszertifikats nicht begrenzt, unbeschadet der Möglichkeit, das europäische Elternschaftszertifikat erforderlichenfalls zu berichtigen, zu ändern, auszusetzen oder zu widerrufen. Diese Verordnung sollte Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen der ausstellenden Behörde vorsehen, einschließlich der Entscheidung, die Ausstellung eines europäischen Elternschaftszertifikats zu versagen. Wird das europäische Elternschaftszertifikat berichtigt, geändert, ausgesetzt oder entzogen, so sollte die ausstellende Behörde die Personen, denen beglaubigte Abschriften ausgestellt wurden, davon in Kenntnis setzen, um eine widerrechtliche Verwendung solcher Abschriften zu vermeiden.

Elternschaftszertifikats sollte bei der ausstellenden Behörde verbleiben, die dem Antragsteller oder einem gesetzlichen Vertreter eine oder mehrere beglaubigte Abschriften des europäischen Elternschaftszertifikats ausstellt. Angesichts der in den überwiegenden Fällen geltenden Unumkehrbarkeit des Elternschaftsstatus ist die Gültigkeitsdauer der Abschriften des europäischen Elternschaftszertifikats nicht begrenzt, unbeschadet der Möglichkeit, das europäische Elternschaftszertifikat erforderlichenfalls zu berichtigen, zu ändern, auszusetzen oder zu widerrufen. Diese Verordnung sollte Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen der ausstellenden Behörde vorsehen, einschließlich der Entscheidung, die Ausstellung eines europäischen Elternschaftszertifikats zu versagen. Wird das europäische Elternschaftszertifikat berichtigt, geändert, ausgesetzt oder entzogen, so sollte die ausstellende Behörde die Personen, denen beglaubigte Abschriften ausgestellt wurden, davon in Kenntnis setzen, um eine widerrechtliche Verwendung solcher Abschriften zu vermeiden.

**Änderungsantrag 17**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 83**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (83) Der europäische elektronische Zugangspunkt sollte es ***natürlichen Personen*** oder ihren gesetzlichen Vertretern ermöglichen, einen Antrag auf Ausstellung eines europäischen Elternschaftszertifikats zu stellen und dieses auf elektronischem Wege zu empfangen und zu versenden. Über ihn sollte es auch möglich sein, auf elektronischem Wege mit Gerichten oder anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten in Verfahren zu | (83) Der europäische elektronische Zugangspunkt sollte es ***Antragstellern*** oder ihren gesetzlichen Vertretern ermöglichen, einen Antrag auf Ausstellung eines europäischen Elternschaftszertifikats zu stellen und dieses auf elektronischem Wege zu empfangen und zu versenden. Über ihn sollte es auch möglich sein, auf elektronischem Wege mit Gerichten oder anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten in Verfahren zu kommunizieren, die ***unter diese*** |

kommunizieren, ***in denen festgestellt werden soll, dass keine Gründe für*** die ***Versagung der Anerkennung einer gerichtlichen Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde über die Elternschaft vorliegen, oder in Verfahren, in denen beantragt wird, die Anerkennung einer gerichtlichen Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde über die Elternschaft zu versagen***. Die Gerichte der Mitgliedstaaten oder andere zuständige Behörden sollten mit den Bürgern über den europäischen elektronischen Zugangspunkt kommunizieren, wenn der Bürger der Nutzung dieses Kommunikationsmittels zuvor ausdrücklich zugestimmt hat.

***Verordnung fallen***. Die Gerichte der Mitgliedstaaten oder andere zuständige Behörden sollten mit den Bürgern über den europäischen elektronischen Zugangspunkt kommunizieren, wenn der Bürger der Nutzung dieses Kommunikationsmittels zuvor ausdrücklich zugestimmt hat.

**Änderungsantrag 18**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 89 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(89a) Um die Klarheit des Instruments und die Vorhersehbarkeit des Ergebnisses bei Fällen und Szenarien, in denen es zur Anwendung kommt, zu verbessern, sollte die Kommission Leitlinien für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung ausarbeiten, die in einfacher Sprache abgefasst sind, damit das Instrument für Familien und generell für die Öffentlichkeit ohne besondere juristische Kenntnisse leichter zugänglich ist.*** |

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 89 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(89b) Um die Klarheit des Instruments und die Vorhersehbarkeit des Ergebnisses bei Fällen und Szenarien, in denen es zur*** |

| | |
|---|---|
| | ***Anwendung kommt, zu verbessern, sollten die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission und des Europäischen Netzes für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten und den zuständigen staatlichen Behörden Schulungen organisieren, um die ordnungsgemäße Durchführung dieser Verordnung sicherzustellen.*** |

**Änderungsantrag 20**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 99 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(99a) Da die derzeitige Rechtslage insbesondere Regenbogenfamilien und andere Familienformen betrifft, die nicht dem traditionellen Modell der Kernfamilie entsprechen, ist es dringend erforderlich, dass diese Verordnung in Kraft tritt. Falls keine Einigung erzielt wird, sollte die Kommission daher in Betracht ziehen, Rechtsvorschriften auf der Grundlage von Artikel 21 Absatz 2 AEUV vorzuschlagen, oder es sollten andere Möglichkeiten wie eine verstärkte Zusammenarbeit entwickelt werden.*** |

**Änderungsantrag 21**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 1 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Diese Verordnung enthält gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit und das anzuwendende Recht für die Begründung der Elternschaft in einem Mitgliedstaat in grenzüberschreitenden Fällen, gemeinsame Regeln für die Anerkennung oder gegebenenfalls die Annahme gerichtlicher Entscheidungen über die Elternschaft in einem Mitgliedstaat sowie öffentlicher Urkunden | Diese Verordnung enthält gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit und das anzuwendende Recht für die Begründung der Elternschaft in einem Mitgliedstaat in grenzüberschreitenden Fällen, gemeinsame Regeln für die ***gegenseitige*** Anerkennung oder gegebenenfalls die Annahme gerichtlicher Entscheidungen über die Elternschaft in einem Mitgliedstaat sowie öffentlicher |

über die Elternschaft, die in einem anderen Mitgliedstaat errichtet oder eingetragen wurden, und führt ein europäisches Elternschaftszertifikat ein.

Urkunden über die Elternschaft, die in einem anderen Mitgliedstaat errichtet oder eingetragen wurden, und führt ein europäisches Elternschaftszertifikat ein***, um insbesondere die Freizügigkeit, die Nichtdiskriminierung, die Achtung des Privat- und Familienlebens, das Wohl des Kindes sowie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu fördern***.

**Änderungsantrag 22**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Diese Verordnung lässt die ***Rechte unberührt, die ein Kind*** aus dem Unionsrecht ***erlangt, insbesondere die Rechte, die einem Kind nach dem Unionsrecht über die Freizügigkeit***, einschließlich der Richtlinie 2004/38/EG, ***zustehen. Insbesondere berührt diese Verordnung nicht die Beschränkungen*** in Bezug auf ***den Rückgriff auf*** die ***öffentliche Ordnung als Rechtfertigung für die Versagung der Anerkennung der Elternschaft***, ***wenn*** die ***Mitgliedstaaten nach dem Unionsrecht über die Freizügigkeit verpflichtet sind***, ***ein von den Behörden eines anderen Mitgliedstaates ausgestelltes Dokument zur Begründung eines Eltern-Kind-Verhältnisses für die Zwecke der Ausübung der aus dem Unionsrecht hergeleiteten Rechte anzuerkennen***. | (1) Diese Verordnung lässt die ***sich*** aus dem Unionsrecht, einschließlich der Richtlinie 2004/38/EG, ***ergebenden Rechte*** in Bezug auf die ***Freizügigkeit***, ***insbesondere*** die ***Rechte des Kindes***, ***unberührt***. |

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Die Mitgliedstaaten achten im Rahmen des Anwendungsbereichs dieser Verordnung die Rechte, die sich aus der Beziehung zwischen den rechtlich*** |

| | |
|---|---|
| | ***anerkannten Elternteilen ergeben, einschließlich eingetragener Partnerschaft und Ehe.*** |

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 2 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***a) das Bestehen, die Gültigkeit oder die Anerkennung einer Ehe oder einer Beziehung, die nach dem auf diese Beziehung anzuwendenden Recht vergleichbare Wirkungen hat, wie etwa eine eingetragene Partnerschaft,*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 2 – Buchstabe h**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***h) die Staatsangehörigkeit,*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 26**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel3 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(3) Diese Verordnung gilt nicht für die Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen über die Begründung der Elternschaft, die in einem Drittstaat ergangen sind, oder für die Anerkennung oder gegebenenfalls Annahme öffentlicher Urkunden über die Begründung oder den Nachweis der Elternschaft, die in einem Drittstaat errichtet oder eingetragen worden sind.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 27**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 1 – Nummer 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. „Elternschaft“ das gesetzlich begründete ***Eltern-Kind-Verhältnis***. Dazu gehört auch die Rechtsstellung des Kindes eines oder mehrerer Elternteile; | 1. „Elternschaft“ das gesetzlich begründete ***Kind-Eltern-Verhältnis***. Dazu gehört auch die Rechtsstellung des Kindes eines oder mehrerer Elternteile; |

**Änderungsantrag 28**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 5 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Diese Verordnung berührt nicht die innerstaatlichen Zuständigkeiten der Behörden der Mitgliedstaaten in Fragen, die die Elternschaft betreffen. | Diese Verordnung berührt nicht die innerstaatlichen Zuständigkeiten der Behörden der Mitgliedstaaten in Fragen, die die Elternschaft betreffen ***und keinen grenzüberschreitenden Bezug haben***. |

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 10 – Absatz 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) Hängt die Feststellung der Elternschaft von der Klärung einer Vorfrage ab, so achten die Gerichte und sonstigen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die in der Charta festgelegten Grundrechte und Grundsätze, insbesondere Artikel 21 über das Recht auf Nichtdiskriminierung, einschließlich der positiven und negativen Verpflichtungen nach Artikel 7 der Charta zur Achtung des Privat- und Familienlebens.*** |

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 15 – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Recht ***von Kindern*** auf Meinungsäußerung | Recht ***des Kindes*** auf Meinungsäußerung |

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 15 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Bei der Ausübung ihrer Zuständigkeit im Rahmen dieser Verordnung gewähren die Gerichte der Mitgliedstaaten im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren ***Kindern***, ***die*** jünger als 18 Jahre alt ***sind*** und ***deren Eltern-Kind-Verhältnis begründet werden soll und die*** fähig ***sind***, sich eine eigene Meinung zu bilden, eine echte und wirksame Gelegenheit, diese Meinung direkt oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle zu äußern. | (1) Bei der Ausübung ihrer Zuständigkeit im Rahmen dieser Verordnung gewähren die Gerichte der Mitgliedstaaten im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren ***einem Kind***, ***das*** jünger als 18 Jahre alt und fähig ***ist***, sich eine eigene Meinung zu bilden, eine echte und wirksame Gelegenheit, diese Meinung direkt oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle zu äußern. |

**Änderungsantrag 32**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 15 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Gibt das Gericht im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren ***Kindern***, ***die*** das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet ***haben***, die Gelegenheit zur Meinungsäußerung nach diesem Artikel, so misst es der Meinung ***der Kinder*** entsprechend ***ihrem*** Alter und ***ihrer*** Reife gebührendes Gewicht bei. | (2) Gibt das Gericht im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und Verfahren ***dem Kind***, ***das*** das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet ***hat***, die Gelegenheit zur Meinungsäußerung nach diesem Artikel, so misst es der Meinung***, physischen Anzeichen, Äußerungen oder Verhaltensweisen des Kindes*** entsprechend ***seinem*** Alter und ***seiner*** Reife gebührendes Gewicht bei. |

**Änderungsantrag 33**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 22 – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***Öffentliche Ordnung (ordre public)*** | ***Achtung der Grundrechte*** |

**Änderungsantrag 34**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 22 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die ***Anwendung einer Vorschrift des nach*** dieser Verordnung ***bestimmten Rechts eines Staates darf nur versagt werden***, ***wenn ihre Anwendung mit*** der ***öffentlichen Ordnung (ordre public) des Staates*** des ***angerufenen Gerichts offensichtlich unvereinbar ist***. | (1) Die ***Gerichte und andere zuständige Behörden der Mitgliedstaaten treffen gemäß*** dieser Verordnung ***alle ihre Entscheidungen im Einklang mit den in der Charta festgelegten Grundrechten und Grundsätzen***, ***insbesondere dem Recht auf Nichtdiskriminierung gemäß Artikel 21 und*** der ***Achtung des Privat- und Familienlebens gemäß Artikel 7, und berücksichtigen dabei das Wohl*** des ***Kindes sowie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.*** |

**Änderungsantrag 35**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 22 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(2) Absatz 1 ist von den Gerichten und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unter Beachtung der in der Charta festgelegten Grundrechte und Grundsätze anzuwenden, insbesondere des Rechts auf Nichtdiskriminierung in Artikel 21 der Charta.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 36**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 29 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Die Bescheinigung wird in der Sprache ausgefüllt und ausgestellt, in der die gerichtliche Entscheidung abgefasst ist. Die Bescheinigung ***kann*** auch in einer anderen, von einer Partei gewünschten ***Amtssprache*** der Organe der Europäischen Union ausgestellt ***werden. Dies verpflichtet das die Bescheinigung ausstellende Gericht nicht dazu, eine Übersetzung oder Transliteration der übersetzbaren Inhalte der Freitextfelder bereitzustellen.*** | (2) Die Bescheinigung wird in der Sprache ausgefüllt und ausgestellt, in der die gerichtliche Entscheidung abgefasst ist. ***Auf Antrag einer Partei wird*** die Bescheinigung auch in einer ***oder mehreren*** anderen, von einer Partei gewünschten ***Amtssprachen*** der Organe der Europäischen Union ausgestellt. |

**Änderungsantrag 37**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 31 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***a) wenn die Anerkennung der öffentlichen Ordnung des Mitgliedstaates, in dem sie geltend gemacht wird, offensichtlich widerspricht, wobei das Kindeswohl zu berücksichtigen ist,*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 38**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 31 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) wenn eine Person dies mit der Begründung beantragt, dass die gerichtliche Entscheidung in ihre ***Vaterschaft oder ihre Mutterschaft*** über das Kind eingreift, falls die Entscheidung ergangen ist, ohne dass diese Person die Möglichkeit hatte, gehört zu werden, | c) wenn eine Person dies mit der Begründung beantragt, dass die gerichtliche Entscheidung in ihre ***Elternschaft*** über das Kind eingreift, falls die Entscheidung ergangen ist, ohne dass diese Person die Möglichkeit hatte, gehört zu werden ***und Beweise vorzulegen***, |

**Änderungsantrag 39**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 31 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(2) Absatz 1 Buchstabe a ist von den Gerichten und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unter Beachtung der in der Charta festgelegten Grundrechte und Grundsätze anzuwenden, insbesondere des Rechts auf Nichtdiskriminierung in Artikel 21 der Charta.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 40**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 32 – Absatz 7 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (7) Das Gericht ***kann*** auf die Vorlage der in Absatz 4 genannten Schriftstücke ***verzichten***, wenn | (7) Das Gericht ***verzichtet*** auf die Vorlage der in Absatz 4 genannten Schriftstücke, wenn |

**Änderungsantrag 41**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 37 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Bescheinigung wird in der Sprache ausgefüllt, in der die öffentliche Urkunde abgefasst ist. ***Sie kann*** auch in einer anderen, von der Partei gewünschten ***Amtssprache*** der Organe der Europäischen Union ausgestellt ***werden. Dies verpflichtet die die Bescheinigung ausstellende zuständige Behörde nicht dazu, eine Übersetzung oder Transliteration der übersetzbaren Inhalte der Freitextfelder bereitzustellen.*** | (3) Die Bescheinigung wird in der Sprache ausgefüllt, in der die öffentliche Urkunde abgefasst ist. ***Auf Antrag einer Partei wird die Bescheinigung*** auch in einer ***oder mehreren*** anderen, von der Partei gewünschten ***Amtssprachen*** der Organe der Europäischen Union ausgestellt. |

**Änderungsantrag 42**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 39 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***a) wenn die Anerkennung der öffentlichen Ordnung des Mitgliedstaates, in dem sie geltend gemacht wird, offensichtlich widerspricht, wobei das Kindeswohl zu berücksichtigen ist,*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 43**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 39 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) wenn eine Person dies mit der Begründung beantragt, dass die öffentliche Urkunde in ihre ***Vaterschaft oder Mutterschaft*** über das Kind eingreift, falls die öffentliche Urkunde förmlich errichtet oder eingetragen wurde, ohne dass diese Person beteiligt gewesen ist, | b) wenn eine Person dies mit der Begründung beantragt, dass die öffentliche Urkunde in ihre ***Elternschaft*** über das Kind eingreift, falls die öffentliche Urkunde förmlich errichtet oder eingetragen wurde, ohne dass diese Person beteiligt gewesen ist, |

**Änderungsantrag 44**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 39 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(2) Absatz 1 Buchstabe a ist von den Gerichten und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unter Beachtung der in der Charta festgelegten Grundrechte und Grundsätze anzuwenden, insbesondere des Rechts auf Nichtdiskriminierung in Artikel 21 der Charta.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 45**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 39 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Anerkennung einer öffentlichen Urkunde mit der die Elternschaft begründet wird und die verbindliche Rechtswirkung besitzt, kann versagt werden, wenn sie förmlich errichtet wurde, ohne dass ***den Kindern*** Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben wurde. ***Waren die Kinder jünger als 18 Jahre, so gilt diese Bestimmung, wenn die Kinder in der Lage waren, sich eine eigene Meinung zu bilden***. | (3) Die Anerkennung einer öffentlichen Urkunde***,*** mit der die Elternschaft begründet wird und die verbindliche Rechtswirkung besitzt, kann versagt werden, wenn sie förmlich errichtet ***oder eingetragen*** wurde, ohne dass ***dem Kind*** Gelegenheit zur Meinungsäußerung ***gemäß Artikel 15*** gegeben wurde. |

**Änderungsantrag 46**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 40 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Zuständigkeit des Gerichts des Ursprungsmitgliedstaats, das die Elternschaft begründet hat, darf nicht überprüft werden. ***Die Überprüfung der Vereinbarkeit mit der öffentlichen Ordnung nach Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe a darf sich nicht auf die Zuständigkeitsvorschriften der Artikel 6 bis 9 erstrecken.*** | Die Zuständigkeit des Gerichts des Ursprungsmitgliedstaats, das die Elternschaft begründet hat, darf nicht überprüft werden. |

**Änderungsantrag 47**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 45 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Eine öffentliche Urkunde ohne verbindliche Rechtswirkung im Ursprungsmitgliedstaat hat in einem anderen Mitgliedstaat die gleiche formelle Beweiskraft wie im Ursprungsmitgliedstaat oder die damit am ehesten vergleichbare | (1) Eine öffentliche Urkunde ohne verbindliche Rechtswirkung im Ursprungsmitgliedstaat hat in einem anderen Mitgliedstaat die gleiche formelle Beweiskraft wie im Ursprungsmitgliedstaat oder die damit am ehesten vergleichbare |

| | |
|---|---|
| Wirkung***, sofern das in dem Mitgliedstaat, in dem sie vorgelegt wird, nicht offenkundig der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspricht***. | Wirkung. |

**Änderungsantrag 48**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 45 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(2) Die in Absatz 1 genannte öffentliche Ordnung (ordre public) wird von den Gerichten und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unter Beachtung der in der Charta verankerten Grundrechte und Grundsätze, insbesondere des Artikels 21 über das Recht auf Nichtdiskriminierung, angewandt.*** | ***entfällt*** |

**Änderungsantrag 49**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 47 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Das Zertifikat ist zur Verwendung durch das Kind oder einen gesetzlichen Vertreter bestimmt, das/der sich ***in einem anderen Mitgliedstaat*** auf den Elternschaftsstatus berufen muss. | Das Zertifikat ist zur Verwendung durch das Kind oder einen gesetzlichen Vertreter bestimmt, das/der sich auf den Elternschaftsstatus berufen muss. |

**Änderungsantrag 50**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 47 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Auf Antrag der rechtlich anerkannten Eltern nehmen die Mitgliedstaaten in das europäische Elternschaftszertifikat auch die Beziehung der Eltern auf, einschließlich der Kategorien*** |

***„eingetragene Partnerschaft“ und „Ehe“.***

**Änderungsantrag 51**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 49 – Absatz 3 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Angaben zu ***jedem*** Elternteil: Nachname(n) (gegebenenfalls Geburtsname(n)), Vorname(n), Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, (gegebenenfalls) Identifikationsnummer, Anschrift, | c) Angaben zu ***einem*** Elternteil ***und gegebenenfalls dem anderen Elternteil bzw. den anderen Elternteilen***: Nachname(n) (gegebenenfalls Geburtsname(n)), Vorname(n), Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, (gegebenenfalls) Identifikationsnummer, Anschrift, |

**Änderungsantrag 52**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 49 – Absatz 3 – Buchstabe e**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| e) die Sachverhalte, auf deren Grundlage der Antragsteller die Elternschaft gründet und denen er die Urschrift oder eine Abschrift des Schriftstücks oder der Schriftstücke beifügt, die die Elternschaft ***mit verbindlicher Rechtswirkung*** begründen oder die Elternschaft nachweisen, | e) die Sachverhalte, auf deren Grundlage der Antragsteller die Elternschaft gründet und denen er die Urschrift oder eine Abschrift des Schriftstücks oder der Schriftstücke beifügt, die die Elternschaft begründen oder die Elternschaft nachweisen, |

**Änderungsantrag 53**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 49 – Absatz 3 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3a) Bietet ein Mitgliedstaat digitalen Zugang zu den in Absatz 3 genannten Angaben, so erhält der Antragsteller Zugang zu einer digitalen Version des in Anhang IV enthaltenen Formblatts.*** |

**Änderungsantrag 54**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 50 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Nach Eingang des Antrags überprüft die Ausstellungsbehörde die vom Antragsteller übermittelten Angaben, Erklärungen, Schriftstücke und sonstigen Nachweise. Sie führt von Amts wegen die für diese Überprüfung erforderlichen Nachforschungen durch, soweit ihr nationales Recht dies vorsieht oder zulässt, oder fordert den Antragsteller auf, weitere Nachweise vorzulegen, die sie für erforderlich erachtet. | (1) Nach Eingang des Antrags überprüft die Ausstellungsbehörde die vom Antragsteller übermittelten Angaben, Erklärungen, Schriftstücke und sonstigen Nachweise. Sie führt von Amts wegen die für diese Überprüfung erforderlichen Nachforschungen durch, soweit ihr nationales Recht dies vorsieht oder zulässt, oder fordert den Antragsteller auf, weitere Nachweise vorzulegen, die sie ***für die Ausstellung des Zertifikats*** für erforderlich erachtet. |

**Änderungsantrag 55**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 51 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Ausstellungsbehörde stellt das Zertifikat unverzüglich nach dem in diesem Kapitel festgelegten Verfahren aus, wenn der zu bescheinigende Sachverhalt nach dem auf die Begründung der Elternschaft anzuwendenden Recht festgestellt worden ist. Hierzu verwendet sie das Formblatt in Anhang V. | Die Ausstellungsbehörde stellt das Zertifikat unverzüglich***, spätestens jedoch zehn Tage nach Eingang des Antrags,*** nach dem in diesem Kapitel festgelegten Verfahren aus, wenn der zu bescheinigende Sachverhalt nach dem auf die Begründung der Elternschaft anzuwendenden Recht festgestellt worden ist. Hierzu verwendet sie das Formblatt in Anhang V. |

**Änderungsantrag 56**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 51 – Absatz 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) Das Zertifikat steht in Papierform und in elektronischer Form zur Verfügung.*** |

**Änderungsantrag 57**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 52 – Absatz 1 – Buchstabe h**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| h) Angaben zu ***jedem*** Elternteil: Nachname(n) (gegebenenfalls Geburtsname(n)), Vorname(n), Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, (gegebenenfalls) Identifikationsnummer, Anschrift, | h) Angaben zu ***einem Elternteil und gegebenenfalls dem anderen*** Elternteil ***bzw. den anderen Elternteilen***: Nachname(n) (gegebenenfalls Geburtsname(n)), Vorname(n), Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, (gegebenenfalls) Identifikationsnummer, Anschrift, |

**Änderungsantrag 58**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 52 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ha) auf Antrag der rechtlich anerkannten Eltern die Beziehung der Eltern, einschließlich der Kategorien „eingetragene Partnerschaft“ und „Ehe“,*** |

**Änderungsantrag 59**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 56 – Absatz 1 – Unterabsatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Anfechtung ist bei einem Gericht des Mitgliedstaats der Ausstellungsbehörde nach dem Recht dieses Staates einzulegen. | Die Anfechtung ist bei einem Gericht des Mitgliedstaats der Ausstellungsbehörde ***und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den nationalen Gleichstellungsstellen*** nach dem Recht dieses Staates einzulegen. |

**Änderungsantrag 60**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 56 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|

| | |
|---|---|
| Führt eine Anfechtungsklage nach Absatz 1 zu der Feststellung, dass die Versagung der Ausstellung nicht gerechtfertigt war, so stellt das zuständige Gericht das Zertifikat aus oder stellt sicher, dass die Ausstellungsbehörde den Fall erneut prüft und eine neue Entscheidung trifft. | Führt eine Anfechtungsklage nach Absatz 1 zu der Feststellung, dass die Versagung der Ausstellung nicht gerechtfertigt war, so stellt das zuständige Gericht ***unverzüglich und innerhalb von zehn Tagen nach seiner Entscheidung*** das Zertifikat aus oder stellt sicher, dass die Ausstellungsbehörde den Fall erneut prüft und eine neue Entscheidung trifft. |

**Änderungsantrag 61**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 58 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Der nach Artikel 4 der [Digitalisierungsverordnung] auf dem Europäischen Justizportal eingerichtete europäische elektronische Zugangspunkt kann für die elektronische Kommunikation zwischen natürlichen Personen oder ihren gesetzlichen Vertretern und Gerichten oder anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten für ***Folgendes*** genutzt werden: | (1) Der nach Artikel 4 der [Digitalisierungsverordnung] auf dem Europäischen Justizportal eingerichtete europäische elektronische Zugangspunkt kann für die elektronische Kommunikation zwischen natürlichen Personen oder ihren gesetzlichen Vertretern und Gerichten oder anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten für ***die Verfahren*** genutzt werden***, die unter diese Verordnung fallen***: |

**Änderungsantrag 62**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 63 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Kommission wird ermächtigt, nach Artikel 64 delegierte Rechtsakte zur Änderung der Anhänge I bis V anzunehmen, um diese Anhänge zu aktualisieren oder technische Änderungen an ihnen vorzunehmen. | Die Kommission wird ermächtigt, nach Artikel 64 delegierte Rechtsakte zur Änderung der Anhänge I bis V anzunehmen, um diese Anhänge zu aktualisieren oder technische Änderungen an ihnen vorzunehmen. ***Vor dem Erlass delegierter Rechtsakte führt die Kommission eine öffentliche Konsultation durch und berücksichtigt die Empfehlungen anderer einschlägiger Interessenträger.*** |

**Änderungsantrag 63**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 67 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 67a*** |
| | ***Unterstützende Maßnahmen*** |
| | ***(1) Die Kommission erstellt Leitlinien für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung, die sechs Monate vor dem in Artikel 72 genannten Geltungsbeginn zur Verfügung stehen müssen.*** |
| | ***(2) Die Kommission überprüft und aktualisiert die in Absatz 1 genannten Leitlinien alle zwei Jahre und berücksichtigt dabei unter anderem die bei der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung gewonnenen Erfahrungen, die Besonderheiten der von den nationalen administrativen und rechtlichen Systemen entwickelten Praxis sowie die einschlägige Rechtsprechung des Gerichtshofs.*** |
| | ***(3) Die Mitgliedstaaten stellen leicht zugängliche und benutzerfreundliche Informationen über die unter diese Verordnung fallenden Verfahren zur Verfügung, unter anderem über eine öffentliche Website.*** |
| | ***(4) Die Mitgliedstaaten organisieren mit Unterstützung der Kommission und des Europäischen Netzes für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten Schulungen für alle einschlägigen Berufsgruppen, insbesondere für Richter, Rechtsanwälte und Beamte der öffentlichen Verwaltung.*** |

**Änderungsantrag 64**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 69 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Ungeachtet des Absatzes 1 erkennen die Mitgliedstaaten eine öffentliche Urkunde an, die im Ursprungsmitgliedstaat keine verbindliche Rechtswirkung hat, aber in diesem Mitgliedstaat Beweiskraft hat***, sofern dies nicht offensichtlich mit der öffentlichen Ordnung (ordre public) des Mitgliedstaats, in dem die Annahme beantragt wird, unvereinbar ist***. | Ungeachtet des Absatzes 1 erkennen die Mitgliedstaaten eine öffentliche Urkunde an, die im Ursprungsmitgliedstaat keine verbindliche Rechtswirkung hat, aber in diesem Mitgliedstaat Beweiskraft hat. |

**Änderungsantrag 65**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 70 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss bis zum [***fünf*** Jahre nach Geltungsbeginn dieser Verordnung], gestützt auf die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Informationen, einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung, der auch eine Bewertung der aufgetretenen praktischen Probleme enthält. Dem Bericht wird, falls notwendig, ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt. | (1) Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss bis zum [***drei*** Jahre nach Geltungsbeginn dieser Verordnung] ***und danach alle vier Jahre***, gestützt auf die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Informationen, einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung, der auch eine Bewertung der ***Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und der*** aufgetretenen praktischen Probleme enthält. ***In dem Bericht wird die Umsetzung dieser Verordnung bewertet, indem insbesondere die Einhaltung oder Nichteinhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung analysiert wird.*** Dem Bericht wird, falls notwendig, ein Gesetzgebungsvorschlag beigefügt***, der auch eine Prüfung der Rechtsgrundlage von Artikel 21 Absatz 2 AEUV enthält***. |

**Änderungsantrag 66**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 70 – Absatz 2 – Buchstabe -a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***-a) die Zahl der gemäß dieser Verordnung gestellten Anträge auf Anerkennung der Elternschaft,*** |

**Änderungsantrag 67**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 70 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***aa) die Zahl der Fälle, in denen die Anerkennung einer gerichtlichen Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde über die Elternschaft aus Gründen der Zusammensetzung der Familie versagt wurde, insbesondere bei Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern, einem Transgender-Elternteil, alleinerziehenden Eltern oder Mehreltern,*** |

**Änderungsantrag 68**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 70 – Absatz 2 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) die Zahl der Anträge, mit denen der Inhalt einer öffentlichen Urkunde ***ohne verbindliche Rechtswirkung im Ursprungsmitgliedstaat, jedoch*** mit formeller Beweiskraft ***in diesem Mitgliedstaat*** angefochten wurde, und die Zahl der Fälle, in denen die Anfechtung erfolgreich war, | c) die Zahl der Anträge, mit denen der Inhalt einer öffentlichen Urkunde mit formeller Beweiskraft ***im Ursprungsmitgliedstaat*** angefochten wurde, und die Zahl der Fälle, in denen die Anfechtung erfolgreich war, |

**Änderungsantrag 69**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 70 – Absatz 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) Die Kommission richtet einen*** |

| | |
|---|---|
| | ***strukturierten Dialog mit den einschlägigen Interessenträgern ein, insbesondere mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um zur Erstellung des Bewertungsberichts gemäß Absatz 1 beizutragen.*** |

**Änderungsantrag 70**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Anhang I – Nummer 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 7. Der andere Elternteil | 7. Der andere Elternteil ***bzw. die anderen Elternteile (sofern zutreffend)*** |
| 7.1. Nachname(n)*:<br>……<br>…… | 7.1. Nachname(n)*:<br>……<br>…….. |
| 7.2. Vorname(n)*:<br>……<br>…… | 7.2. Vorname(n)*:<br>……<br>…… |
| 7.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)*:<br>……<br>……. | 7.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)*:<br>……<br>……. |
| 7.4. Geburtsort (sofern bekannt):<br>……<br>……. | 7.4. Geburtsort (sofern bekannt):<br>……<br>……. |
| 7.5. Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer (sofern vorhanden und bekannt):<br>..... | 7.5. Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer (sofern vorhanden und bekannt):<br>..... |
| 7.6. Anschrift* (sofern bekannt) | 7.6. Anschrift* (sofern bekannt) |
| 7.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: | 7.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: |
| ……<br>……<br>…… | ……<br>……<br>…… |

| | |
|---|---|
| 7.6.2. Ort und Postleitzahl*:<br>……<br>……<br>…… | 7.6.2. Ort und Postleitzahl*:<br>……<br>……<br>…… |
| 7.6.3. Land* | 7.6.3. Land* |
| [ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich | [ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich |
| [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande | [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande |
| [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden | [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden |
| [ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben):<br>…..……..……<br>……..... | [ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben):<br>…..……..……<br>……..... |

*Begründung*

*Horizontaler Änderungsantrag. Im Falle einer Annahme wird der Wortlaut in allen Anhängen angepasst.*

**Änderungsantrag 71**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Anhang II – Nummer 8**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 8. Der andere Elternteil | 8. Der andere Elternteil ***bzw. die anderen Elternteile (sofern zutreffend)*** |
| 8.1. Nachname(n)*:<br>……<br>…… | 8.1. Nachname(n)*:<br>……<br>……... |
| 8.2. Vorname(n)*:<br>……<br>…….. | 8.2. Vorname(n)*:<br>……<br>…….. |
| 8.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)*:<br>……<br>……. | 8.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)*:<br>……<br>……. |
| 8.4. Geburtsort (sofern bekannt): | 8.4. Geburtsort (sofern bekannt): |

| | |
|---|---|
| …… …… | …… …… |
| 8.5. Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer (sofern vorhanden und bekannt): ..... | 8.5. Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer (sofern vorhanden und bekannt): ..... |
| 8.6. Anschrift* (sofern bekannt) | 8.6. Anschrift* (sofern bekannt) |
| 8.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: :…… …… | 8.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: :…… …… |
| 8.6.2. Ort und Postleitzahl*: …… …… …… | 8.6.2. Ort und Postleitzahl*: …… …… …… |
| 8.6.3. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): …...…… | 8.6.3. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): …...…… |

*Begründung*

*Horizontaler Änderungsantrag. Im Falle einer Annahme wird der Wortlaut in allen Anhängen angepasst.*

**Änderungsantrag 72**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Anhang III – Nummer 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Öffentliche Urkunde | 3. Öffentliche Urkunde |
| 3.1. Angaben zur öffentlichen Urkunde | 3.1. Angaben zur öffentlichen Urkunde |

| | |
|---|---|
| 3.1.1. Datum (TT.MM.JJJJ), an dem die öffentliche Urkunde im Ursprungsmitgliedstaat errichtet wurde*: | 3.1.1. Datum (TT.MM.JJJJ), an dem die öffentliche Urkunde im Ursprungsmitgliedstaat errichtet wurde*: |
| …… …… ……..... | …… …… ……..... |
| 3.1.2. Datum (TT.MM.JJJJ), an dem die öffentliche Urkunde im Ursprungsmitgliedstaat eingetragen wurde (falls zutreffend)*: | 3.1.2. Datum (TT.MM.JJJJ), an dem die öffentliche Urkunde im Ursprungsmitgliedstaat eingetragen wurde (falls zutreffend)*: |
| …… …… ……..... | …… …… ……..... |
| 3.1.3. Nummer der öffentlichen Urkunde*: …… …… ……. | 3.1.3. Nummer der öffentlichen Urkunde*: …… …… ……. |
| 3.1.4. Nummer der Eintragung (falls zutreffend): …… …… ……. | 3.1.4. Nummer der Eintragung (falls zutreffend): …… …… ……. |
| 3.2. Die öffentliche Urkunde liefert den Beweis für*: | 3.2. Die öffentliche Urkunde liefert den Beweis für*: |
| 3.2.1. [ ] die Elternschaft | 3.2.1. [ ] die Elternschaft |
| 3.2.1.1. [ ] eines Elternteils | 3.2.1.1. [ ] eines Elternteils |
| 3.2.1.2. [ ] des anderen Elternteils | 3.2.1.2. [ ] des anderen Elternteils ***bzw. der anderen Elternteile (sofern zutreffend)*** |
| 3.2.1.3. [ ] ***beider*** Elternteile | 3.2.1.3. [ ] ***der*** Elternteile |
| 3.2.2. [ ] die Anerkenntnis der Vaterschaft | 3.2.2. [ ] die Anerkenntnis der Vaterschaft |
| 3.2.3. [ ] die Anerkenntnis der Mutterschaft | 3.2.3. [ ] die Anerkenntnis der Mutterschaft |
| 3.2.4. [ ] die Zustimmung | 3.2.4. [ ] die Zustimmung |
| 3.2.4.1. [ ] des Kindes | 3.2.4.1. [ ] des Kindes |

| | |
|---|---|
| 3.2.4.2. [ ] der Mutter | 3.2.4.2. [ ] der Mutter |
| 3.2.4.3. [ ] des Vaters | 3.2.4.3. [ ] des Vaters |
| 3.2.4.4. [ ] des Ehepartners | 3.2.4.4. [ ] des Ehepartners |
| 3.2.4.5. [ ] des eingetragenen Partners | 3.2.4.5. [ ] des eingetragenen Partners |
| 3.2.4.6. [ ] des faktischen Partners | 3.2.4.6. [ ] des faktischen Partners |
| 3.2.4.7. [ ] anderer: bitte angeben | 3.2.4.7. [ ] anderer: bitte angeben |
| 3.2.5. [ ] Sonstiges (bitte angeben)*:…… …… | 3.2.5. [ ] Sonstiges (bitte angeben)*:…… …… |

*Begründung*

*Horizontaler Änderungsantrag. Im Falle einer Annahme wird der Wortlaut in allen Anhängen angepasst.*

**Änderungsantrag 73**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Anhang IV – Nummer 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 6. Angaben zum anderen Elternteil | 6. Angaben zum anderen Elternteil ***bzw. zu den anderen Elternteilen (sofern zutreffend)*** |
| 6.1. Nachname(n) und Vorname(n)*::…… …… …… | 6.1. Nachname(n) und Vorname(n)*::…… …… …… |
| 6.2. Geburtsname(n) (falls abweichend von 6.1.): ..... | 6.2. Geburtsname(n) (falls abweichend von 6.1.): ..... |
| 6.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) und -ort*: …… …… …….. | 6.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) und -ort*: …… …… …….. |
| 6.4. Staatsangehörigkeit*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] | 6.4. Staatsangehörigkeit*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] |

Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): …..……..…… …….....
[ ] Unbekannt

6.5. Identifikationsnummer[84]: …...…… ……

6.5.1. Nationale Identitätsnummer: …… ……

6.5.2. Sozialversicherungsnummer: …… ……

6.5.3. Steuernummer: ……. ……

6.5.4. Sonstige Nummer (bitte ausführen): …… ……..

6.6. Anschrift

6.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: …… …… ……..

6.6.2. Ort und Postleitzahl*: …… ……

6.6.3. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): …… ……..…….

6.7. Kontaktdaten*

Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): …..……..…… …….....
[ ] Unbekannt

6.5. Identifikationsnummer[84]: …...…… ……

6.5.1. Nationale Identitätsnummer: …… ……

6.5.2. Sozialversicherungsnummer: …… ……

6.5.3. Steuernummer: ……. ……

6.5.4. Sonstige Nummer (bitte ausführen): …… ……..

6.6. Anschrift

6.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: …… …… ……..

6.6.2. Ort und Postleitzahl*: …… ……

6.6.3. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): …… ……..…….

6.7. Kontaktdaten*

| | |
|---|---|
| 6.7.1. Telefon:<br>..……<br>…….<br>……..<br>6.7.2. E-Mail:<br>..……<br>…… | 6.7.1. Telefon:<br>..……<br>…….<br>……..<br>6.7.2. E-Mail:<br>..……<br>…… |

*Begründung*

*Horizontaler Änderungsantrag. Im Falle einer Annahme wird der Wortlaut in allen Anhängen angepasst.*

**Änderungsantrag 74**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Anhang V – Nummer 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 6.2 Angaben zum anderen Elternteil | 6.2 Angaben zum anderen Elternteil ***bzw. zu den anderen Elternteilen (sofern zutreffend)*** |
| 6.2.1. Nachname(n) und Vorname(n)*:……<br>……<br>…… | 6.2.1. Nachname(n) und Vorname(n)*:……<br>……<br>…… |
| 6.2.2. Geburtsname(n) (falls abweichend von 6.2.1.):<br>……..…<br>……<br>……..…… | 6.2.2. Geburtsname(n) (falls abweichend von 6.2.1.):<br>……..…<br>……<br>……..…… |
| 6.2.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) und -ort (Stadt/Land (ISO-Code))*:<br>……<br>……<br>…… | 6.2.3. Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) und -ort (Stadt/Land (ISO-Code))*:<br>……<br>……<br>…… |
| 6.2.4. Staatsangehörigkeit*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] | 6.2.4. Staatsangehörigkeit*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] |

Schweden

[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): ……..……..…… …….....

[ ] Unbekannt

6.2.5. Identifikationsnummer*

6.2.5.1. Nationale Identitätsnummer: …… ……..…… ……..……

6.2.5.2. Sozialversicherungsnummer: …… …… ……

6.2.5.3. Steuernummer: …… ……...…… …….

6.2.5.4. Nummer der Geburtsurkunde: …..…….…. ……..…….. ……..……..

6.2.5.5. Sonstiges (bitte ausführen): …… …… ……

6.2.6. Derzeitige Anschrift*6.2.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*:…… …… ……

6.2.6.2. Ort und Postleitzahl*: …… …… ……

6.2.6.3. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden[ ]

[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben): ……..……..…… …….....

[ ] Unbekannt

6.2.5. Identifikationsnummer*

6.2.5.1. Nationale Identitätsnummer: …… ……..…… ……...……

6.2.5.2. Sozialversicherungsnummer: …… …… ……

6.2.5.3. Steuernummer: …… ……...…… …….

6.2.5.4. Nummer der Geburtsurkunde: …..…….…. ……..…….. ……..……..

6.2.5.5. Sonstiges (bitte ausführen): …… …… ……

6.2.6. Derzeitige Anschrift*6.2.6.1. Straße und Hausnummer/Postfach*: …… …… ……

6.2.6.2. Ort und Postleitzahl*: …… …… ……

6.2.6.3. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [

Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden

[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben):
…..……..……
…….....

6.2.7. Das auf die Begründung der Elternschaft des anderen Elternteils anzuwendende Recht

6.2.7.1. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden

[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben):
…..……..……
…….....

6.2.7.2. Anknüpfungspunkt für die Bestimmung des anzuwendenden Rechts*

6.2.7.2.1. [ ] Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Staates des gewöhnlichen Aufenthaltsorts der entbindenden Person zum Zeitpunkt der Niederkunft)

6.2.7.2.2. [ ] Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Geburtsstaats des Kindes)

6.2.7.2.3. [ ] Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Staates, dessen Staatsangehörigkeit einer der Elternteile besitzt)

6.2.7.2.4. [ ] Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Geburtsstaats des Kindes)

6.2.7.3. Das anzuwendende Recht ist das eines Staates ohne einheitliche Rechtsordnung (Artikel 23 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X). Bitte geben Sie gegebenenfalls die Gebietseinheit an:
……
……
……

] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden

[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben):
…..……..……
…….....

6.2.7. Das auf die Begründung der Elternschaft des anderen Elternteils anzuwendende Recht

6.2.7.1. Land*[ ] Belgien [ ] Bulgarien [ ] Tschechische Republik [ ] Deutschland [ ] Estland [ ] Irland [ ] Griechenland [ ] Spanien [ ] Frankreich [ ] Kroatien [ ] Italien [ ] Zypern [ ] Lettland [ ] Litauen [ ] Luxemburg [ ] Ungarn [ ] Malta [ ] Niederlande [ ] Österreich [ ] Polen [ ] Portugal [ ] Rumänien [ ] Slowenien [ ] Slowakei [ ] Finnland [ ] Schweden

[ ] Sonstiges (bitte ISO-Code angeben):
…..……..……
…….....

6.2.7.2. Anknüpfungspunkt für die Bestimmung des anzuwendenden Rechts*

6.2.7.2.1. [ ] Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Staates des gewöhnlichen Aufenthaltsorts der entbindenden Person zum Zeitpunkt der Niederkunft)

6.2.7.2.2. [ ] Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Geburtsstaats des Kindes)

6.2.7.2.3. [ ] Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Staates, dessen Staatsangehörigkeit einer der Elternteile besitzt)

6.2.7.2.4. [ ] Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X (Recht des Geburtsstaats des Kindes)

6.2.7.3. Das anzuwendende Recht ist das eines Staates ohne einheitliche Rechtsordnung (Artikel 23 der Verordnung (EU) Nr. 20XX/X). Bitte geben Sie gegebenenfalls die Gebietseinheit an:
……
……
……

*Begründung*

*Horizontaler Änderungsantrag. Im Falle einer Annahme wird der Wortlaut in allen Anhängen angepasst.*

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

| | |
|---|---|
| **Titel** | Zuständigkeit, anzuwendendes Recht, Anerkennung von Entscheidungen und Annahme öffentlicher Urkunden in Elternschaftssachen sowie Einführung eines europäischen Elternschaftszertifikats |
| **Bezugsdokumente – Verfahrensnummer** | COM(2022)0695 – C9-0002/2023 – 2022/0402(CNS) |
| **Federführender Ausschuss**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | JURI<br>16.1.2023 |
| **Stellungnahme von**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | LIBE<br>16.1.2023 |
| **Verfasser(in) der Stellungnahme**<br>Datum der Benennung | Malin Björk<br>5.6.2023 |
| **Prüfung im Ausschuss** | 4.9.2023 |
| **Datum der Annahme** | 9.10.2023 |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +: 30<br>–: 6<br>0: 0 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | Abir Al-Sahlani, Malik Azmani, Pietro Bartolo, Theresa Bielowski, Malin Björk, Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Jorge Buxadé Villalba, Patricia Chagnon, Lena Düpont, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Nicolaus Fest, Sophia in ‘t Veld, Assita Kanko, Alice Kuhnke, Jeroen Lenaers, Juan Fernando López Aguilar, Erik Marquardt, Javier Moreno Sánchez, Maite Pagazaurtundúa, Pina Picierno, Diana Riba i Giner, Birgit Sippel, Tineke Strik, Ramona Strugariu, Yana Toom, Milan Uhrík, Tom Vandendriessche, Javier Zarzalejos |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Cyrus Engerer, José Gusmão, Dragoş Tudorache, Maria Walsh |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)** | Petros Kokkalis, Ljudmila Novak, Thomas Rudner |

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| 30 | + |
|---|---|
| PPE | Lena Düpont, Jeroen Lenaers, Ljudmila Novak, Maria Walsh, Javier Zarzalejos |
| Renew | Abir Al-Sahlani, Malik Azmani, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Sophia in 't Veld, Maite Pagazaurtundúa, Ramona Strugariu, Yana Toom, Dragoş Tudorache |
| S&D | Pietro Bartolo, Theresa Bielowski, Cyrus Engerer, Juan Fernando López Aguilar, Javier Moreno Sánchez, Pina Picierno, Thomas Rudner, Birgit Sippel |
| The Left | Malin Björk, José Gusmão, Petros Kokkalis |
| Verts/ALE | Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Alice Kuhnke, Erik Marquardt, Diana Riba i Giner, Tineke Strik |

| 6 | - |
|---|---|
| ECR | Jorge Buxadé Villalba, Assita Kanko |
| ID | Patricia Chagnon, Nicolaus Fest, Tom Vandendriessche |
| NI | Milan Uhrík |

| 0 | 0 |
|---|---|
| | |

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung